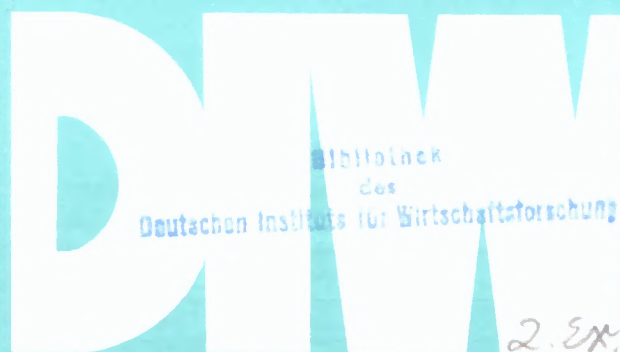




DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 6/79

Berlin

8. Februar 1979

46. Jahrgang

DDR-Wirtschaft auf flacherem Wachstumspfad

Die Wirtschaftslage der DDR an der Jahreswende 1978/79

Die Planungsinstanzen der DDR hatten in ihren Vorgaben für das Jahr 1978 einen grundsätzlich optimistischen Kurs verfolgt. Insbesondere bei der Industrie wurde mit einem beschleunigten Wachstum gerechnet. Das sozialpolitische Programm, unerwartet ungünstige Witterungsverhältnisse zusammen mit den bekannten außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten waren jedoch mehr, als in dem wenig flexiblen Wirtschaftssystem ohne Wachstumseinbußen bewältigt werden konnte. Das Plansoll ist in den meisten Fällen nicht erreicht worden.

Nach der „Mitteilung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik über die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1978“ ergibt sich folgendes Bild (Zuwachs 1978 gegenüber dem Vorjahr in vH):

	Plan	Ist
Produziertes Nationaleinkommen	5,2	4
Industrielle Warenproduktion	5,7	5,0 ¹⁾
Investitionen ²⁾	2,1	3
Einzelhandelsumsatz	4,0	3,5
Nettogeldeinnahmen	4,0	3,5

¹⁾ Im Planerfüllungsbericht wird eine arbeitstäglich bereinigte Zuwachsrate von 5,4 vH angegeben. Die Bereinigung wurde rückgängig gemacht. — ²⁾ Materielle Investitionen = Produktion (nicht Fertigstellung) von Investitionen.

Industrieproduktion

Im Erfüllungsbericht wird darauf hingewiesen, der Industrieplan sei mit 100,5 vH erfüllt worden. Es fehlt diesmal aber eine ausführliche Würdigung des absoluten und relativen Umfangs, in dem der Plan-

ansatz übertroffen worden ist. Das Ergebnis kollidiert überdies — wie schon in den Vorjahren — mit den aus dem Vergleich von ursprünglichen Planansätzen und realisiertem Wachstum ablesbaren Tatsachen. Möglicherweise sind die Planvorgaben im Laufe des Jahres reduziert worden.

Der Plan sah eine Zuwachsrate der Industrieproduktion von 5,7 vH vor. Die realisierte Zuwachsrate wird „arbeitstäglich bereinigt“ mit 5,4 vH angegeben. Tatsächlich hatte das Jahr 1978 nach dem Arbeitskalender der DDR einen Arbeitstag weniger als 1977 (255 : 256 Tage). Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß am Sonnabend, dem 28. Oktober 1978, in der DDR — und zwar mit besonderen Verpflichtungen und gut vorbereitet — gearbeitet worden ist, so daß zwischen den beiden Jahren 1978 und 1977 keine Differenz in der Zahl der Arbeitstage bestanden hat. Deshalb muß die arbeitstägliche Bereinigung beim Produktionsindex rückgängig gemacht werden. Der Produktionszuwachs reduziert sich damit auf 5 vH, das ist weniger als ursprünglich geplant.

Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung in der DDR

Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH

	1) 1976-1980	1976	1977	1978		1979
	P l a n	I s t		p l a n	2) I s t	P l a n
Produziertes Nationaleinkommen	5	3,7	5,2	5,2	4	4,3
Industrie						
Industrielle Warenproduktion	6,0	5,9	4,6	5,7	5,0 (5,4)	5,5
dar.: Industrieministerien	8) 5,4	9) 6,6	9) 4,8	10) 6,2	10) 5,4 (5,8)	10) 5,8
Arbeitsproduktivität		5,2	4,6	5,0	>4,6 (>5)	4,6
Bauwirtschaft						
Bauproduktion	11) 5,0	12) 7,0	12) 5,0	13) 5,7	13) 4,4 (4,8)	13) 4,2
Fertiggestellte Wohnungen	2,1	7,0	8,1	-7,1	3,1	-5,4
davon: Neubau	4,6	7,4	3,6	4,1	4,8	2,2
Modernisierung	-3,8	6,0	17,7	-28,5	-0,0	-21,3
Fertiggestellte Wohnungen (Zahl)	14) 750 000	150 617	162 745	151 170	167 799	158 340
davon: Neubau (Zahl)	550 000	103 091	106 826	111 200	111 909	114 350
Modernisierung (Zahl)	200 000	47 526	55 919	39 970	55 890	43 990
Landwirtschaft						
Brutto-Bodenproduktion ³⁾	4,5-5,3	-12,2	28,7	15) 3,4	0/-1	15) 0,6
Tierische Marktproduktion ⁴⁾	15) 0,6	- 0,4	- 1,8		4,3	
Außenhandel ⁵⁾						
Umsatz (zu Preisen von 1970)	.	8,5	4,4	.	.	.
Umsatz (zu laufenden Preisen)	.	14,9	7,3	.	16) 8-9	.
davon: Einfuhr	.	16,9	8,7	.	16) 7,5	.
Ausfuhr	.	12,6	5,8	.	16) 10	.
Einzelhandel ⁶⁾						
Umsatz, gesamt	4,6	4,6	4,4	17) 4,0	3,5	4,0
davon: Nahrungs-, Genußmittel	2,5-3,0	3,5	4,0	17) 3,5	3,4	3,6
Industriewaren	4,5-5,0	5,8	4,8	17) 4,4	3,5	4,4
Investitionen, gesamt ⁷⁾	18) 5,9	20) 9,1	20) 6,8	19) 2,1	19) 3	19) 5,6
dar.: Industrieministerien	.	8,3	7,4	5,0	5,2	7,7
Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung	4,0	4,0	5,5	4,0	3,5	4,0

1) Durchschnittlicher jährlicher Zuwachs.-2) Vorläufige Angaben.-3) Gesamtheit der pflanzlichen Produktion, umgerechnet in Getreide-Einheiten (GE), bezogen auf die landwirtschaftliche Nutzfläche.-4) Summe des staatlichen Aufkommens an Schlachtvieh, Milch und Eiern, berechnet in GE. Diese Positionen machen rund drei Viertel der gesamten Marktproduktion der DDR aus.-5) Einschließlich innerdeutscher Handel.-6) Zu jeweiligen Preisen.-7) Ohne Generalreparaturen; einschließlich Investitionsbeteiligungen im Ausland; zu Preisen von 1975.-8) Basis Warenproduktion.-9) Index der industriellen Bruttoproduktion je Arbeiter und Angestellten.-10) Im Bereich der Industrieministerien.-11) In der Volkswirtschaft.-12) Einschließlich Baubetriebe anderer Wirtschaftsbereiche.-13) Produktion des Bauwesens.-14) Plan für den Gesamtzeitraum; ohne 100 000 zu modernisierende Wohnungen im Gegenplan des FDGB.-15) Mengenmäßige Planung.-16) Berechnungen des DIW aufgrund von Partnerlandangaben (z.T. nicht vollständige Jahresangaben).-17) Warenbereitstellung.-18) Geplantes Investitionsvolumen von 242 Mrd. Mark zu Preisen von 1967.-19) Materielle Investitionen.-20) In der Industrie.- () in Klammern = arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR; Fünfjahrplan 1976 bis 1980 (GBI. der DDR, Teil I, Nr. 46/1976); Volkswirtschaftspläne 1978 und 1979 (GBI. der DDR, Teil I, Nr. 37/1977 bzw. Nr. 42/1978); Planerfüllungsbericht 1978 (Neues Deutschland vom 19. Januar 1979, S. 3f); Partnerlandangaben (für den Außenhandel); Berechnungen des DIW.

An dieser Stelle ist schon wiederholt auf den Zusammenhang von Arbeitszeitverkürzung und Industrieproduktion hingewiesen worden. Mit der Arbeitszeitverkürzung wurde zwar das Arbeitsvolumen reduziert, dies war aber begleitet von einer erheblichen Zuwachsrate der Produktion je Arbeitsstunde. Auf das Phänomen der erhöhten Stundenproduktivität wird im vorliegenden Planerfüllungsbericht ebenfalls verwiesen. Ihre Zunahme wird für alle Industriebereiche und das ganze Jahr 1978 mit 6 vH angegeben. Das endgültige Ergebnis wird vermutlich etwas niedriger sein; immerhin zeigt die Entwicklung der Industrie insoweit kein ungünstiges Bild.

Insgesamt hat sich nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der Monatsstatistik — die Angaben reichen bis Oktober — in den wichtigsten Investitionsgüterindustrien, dem Maschinenbau und dem Bereich Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau, die überdurchschnittliche Expansion fortgesetzt. Der Bereich Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau ist damit schon seit über zwei Jahren Spitzenreiter im Wachstum und hat mit einer Zunahme von fast 9 vH die im Jahresplan für 1978 vorgesehene Rate erreicht. Das Wachstum im Maschinenbau ist allerdings nicht plangerecht gewesen. Zwar verweist der Planerfüllungsbericht auf Übererfüllung auch in diesem Bereich, aus den

Plandaten läßt sich jedoch errechnen, daß für den Maschinen- und Fahrzeugbau eine Zunahme von 7 vH erreicht werden sollte. Realisiert wurden nur 6 vH.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Wirtschaftsführung der DDR aufgrund der zahlreichen Wettbewerbsverpflichtungen mit einem höheren Ergebnis in der Industrie gerechnet hatte. Offenbar wurden die kurzfristig mobilisierbaren Reserven überschätzt. Die Fülle der systembedingten Mängel, insbesondere die schlechte Organisation des Produktionsablaufs, führen nach wie vor zu einer relativ niedrigen Auslastung des Produktionspotentials. „Kombinatseffekte“ aus der strafferen Leitung in neu geschaffene Produktionseinheiten sind — jedenfalls bisher — nicht erkennbar.

Übrige produzierende Bereiche

Ein positives Bild gibt 1978 die Leistung im Wohnungsbau. Dieses „Kernstück des sozialpolitischen Programms“ genießt weiterhin Vorrang. 112 000 neue Wohnungen sind gebaut und 56 000 Wohnungen modernisiert worden, in beiden Fällen mehr als geplant. So sind bereits zusätzliche Projekte ins Auge gefaßt worden: Laut Beschluß des Politbüros ist das für den Bezirk Dresden im Fünfjahrplan festgelegte Plansoll verdoppelt worden (bisher 78 000 Wohnungen in Neubau und Modernisierung, jetzt 134 000 bis 140 000 Wohnungen).

Das sonstige Bauwesen zählt allerdings zu den Problembereichen. Eine Zuwachsrate für die gesamte Bauproduktion ist im Planerfüllungsbericht nicht ausgewiesen¹. Nach vorläufigen Angaben aus der Monatsstatistik ist jedoch das Plansoll nicht erreicht worden. Dies wiegt um so schwerer, als der Industriebau schon seit längerem hinter den Erfordernissen zurückbleibt. Klagen über mangelnde Produktivität, unzureichende Vorbereitung und zu lange Bauzeiten gerade in diesem Bereich häufen sich. Alle arbeitsintensiven, nicht industriemäßig organisierbaren Baubereiche — wie der Ausbau und die zunehmend durchgeführten „Rekonstruktionsmaßnahmen“ (Umbau bei weiterlaufender Produktion) — bleiben in ihrer Leistung stark zurück. Dagegen stieg die Bauproduktion der Industriebetriebe mit eigenen Bauabteilungen um 20 vH.

Produktivitätsprobleme gibt es auch im Verkehrswesen. In diesem bisher vernachlässigten Bereich wurde erst in den letzten Jahren nennenswert mehr investiert. Damit ist allerdings der teilweise miserable Zustand des Anlagevermögens noch bei weitem nicht beseitigt worden. Transportraum ist nach wie vor ein Engpaß im Wirtschaftsablauf.

Die Leistungen der Landwirtschaft waren 1978 sehr unterschiedlich; das betrifft insbesondere die

Pflanzenproduktion. Die ursprünglich allgemein günstigen Erwartungen wurden wegen der schlechten Witterung zur Erntezeit nur teilweise erfüllt. Positiv war die Ertragsentwicklung gegenüber dem Vorjahr vor allem bei Getreide, negativ dagegen bei Zuckerrüben, Futterhackfrüchten und Feldfutterpflanzen. Für die gesamte Pflanzenproduktion (gemessen in Getreideeinheiten) ergab sich 1978 eine Stagnation; der Durchschnitt der letzten fünf Jahre wurde damit allerdings um 7 bis 8 vH übertroffen.

In der tierischen Produktion waren die Leistungen 1978 insgesamt höher als im Vorjahr. Gewichtet man die größten Positionen des staatlichen Aufkommens — Schlachtvieh, Milch und Eier — in Naturalmengen, errechnet sich ein Zuwachs von 4 vH; das sind 6 vH mehr als im Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Positiv ist zu werten, daß es 1978 keinen Rückgang des Tierbestandes gab, die DDR den bisherigen Höchststand von 1977 halten konnte.

Tendenzen der Güterverwendung

In der Güterverwendung sind 1978 die geplanten Grundproportionen realisiert worden: Der private Verbrauch und die Investitionen stiegen schwächer als die Produktion. Bei den privaten Haushalten wurde — nach der Rentenerhöhung des Jahres 1977 — die Entwicklung wieder vorwiegend von der Erhöhung der Erwerbseinkommen geprägt:

	1977	1978 ¹⁾	1977	1978 ¹⁾
	Mrd. M		Zuwachs in vH	
Nettogeldeinnahmen ²⁾	109,7	113,5	5,4	3,5
davon:				
Nettolöhne und -gehälter	69,9	73,0	4,7	4,5
Renten	14,2	40,5	12,5	1,8
Sonstiges ³⁾	25,6		3,6	

¹⁾ Vorläufig. — ²⁾ Ohne freiwillige Beiträge zur Sozialversicherung. — ³⁾ Einkommen der Genossenschaftsmitglieder und der Selbständigen; sonstige öffentliche Einkommensübertragungen, Zinsen und übrige Einnahmen.

Damit sind die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (+ 3,3 vH) etwas schwächer gestiegen, als es dem längerfristigen Trend entsprochen hätte.

Die Versorgung der Bevölkerung hat 1978 offenbar größere Schwierigkeiten bereitet. Zwar entsprach die Zunahme des Einzelhandelsumsatzes mit 3,5 vH der der Nettogeldeinnahmen. Über das unzureichende Angebot an Industriewaren wurde aber ungewöhnlich häufig geklagt. Die Umsätze an Industriewaren

¹ Die Berichterstattung beschränkt sich auf die Produktion des Bauwesens (= Bauproduktion + Produktion von Baumaterialien und Vorfertigungserzeugnissen).

sind lediglich um 3,5 vH gestiegen (durchschnittlicher jährlicher Zuwachs in vH):

	1971 bis 1975	1976	1977	1978
Einzelhandelsumsatz insgesamt	5,0	4,6	4,4	3,5
Nahrungs- u. Genußmittel	3,5	3,5	4,0	3,4
Industriewaren	6,8	5,8	4,8	3,5

1978 war die prozentuale Steigerung der Verkäufe von Industriewaren nur noch halb so groß wie zu Anfang der siebziger Jahre. Dieser geringe Zuwachs war wohl kaum auf fehlende Kaufkraft zurückzuführen. Da außerdem der Bedarf insbesondere an höherwertigen Industriewaren bei weitem noch nicht gedeckt ist, war die nur schwache Zunahme der Verkäufe in erster Linie eine Folge fehlenden Angebots.

Nach der Phase der vordringlichen Erhöhung des Lebensstandards Anfang der siebziger Jahre zeigt sich mithin im laufenden Fünfjahrplan eine deutliche schrittweise Reduzierung der Expansion. Angesichts der in der ersten Phase geweckten Erwartungen der Bevölkerung ist nicht auszuschließen, daß die gegenwärtige Entwicklung gar nicht mehr als eine Verbesserung gewertet wird, insbesondere, weil Verfügbarkeit, Qualität und modische Gestaltung doch noch sehr zu wünschen übrig lassen. Wegen des engen wechselseitigen Zusammenhangs zwischen Leistungsbereitschaft der Bevölkerung und Versorgung ist dies ein ernstes Problem.

Bei den Investitionen zeigt sich mit einer Zunahme von 3 vH eine leichte Übererfüllung (Plan: 2,1 vH).

Diese darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß es im Anlagenbereich vielfältige qualitative Probleme gibt: unzureichende Aussonderung veralteter sowie zu geringe Ausnutzung neuer Anlagen, Investitionen außerhalb des Planes sowie Mehrkosten, ungenügende Durchsetzung des technischen Fortschritts. Besonders gravierend ist, daß es trotz mehrjähriger Intensivierungskampagnen bisher nicht gelang, mit der Rationalisierung des gegebenen Produktionsapparates so viele Arbeitskräfte freizusetzen, wie sie für Erweiterungskapazitäten benötigt werden. Abhilfe erhofft man sich von neuen Verordnungen, von der Einführung des Staatsplanes „Sozialistische Rationalisierung“ sowie von weiteren planmethodischen Änderungen, über die zur Zeit diskutiert wird.

Außenwirtschaft

Im diesjährigen Planerfüllungsbericht wird die regionale Exportentwicklung — anders als bisher — fast vollständig dargestellt. Danach stieg der Export in die RGW-Länder um 10,3 vH, in die „kapitalistischen Industrieländer“ um 6 vH und in die Entwicklungsländer um 32 vH. Gewichtet mit der Exportstruktur von 1977 errechnet sich daraus eine Zunahme des Gesamtexports von 10 vH. Diese Angaben stimmen mit den entsprechenden — allerdings noch nicht vollständig vorliegenden — Partnerlandangaben recht gut überein.

Daten zur Importentwicklung fehlen allerdings. Die Partnerlandstatistik zeigt folgende Tendenzen:

- Die Importe aus den RGW-Ländern entwickelten sich 1978 sehr unterschiedlich. Insgesamt dürfte der Import aus dieser Region um rund 6 vH gestiegen sein.

Außenhandel der DDR¹⁾

	1977						1978 ³⁾					
	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr		Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	
	Mrd. Valuta-Mark ²⁾			Veränderung gegen- über Vorjahr in vH			Mrd. Valuta-Mark ²⁾			Veränderung gegen- über Vorjahr in vH		
Alle Länder	49,9	41,8	-8,1	+ 8,7	+ 5,7		53,6	46,1	-7,5	+ 7,5	+ 10	
Sozialistische Länder ⁴⁾	34,2	31,2	-3,0	+17,5	+10,6		36,2	34,4	-1,7	+ 6	+ 10	
RGW-Länder	32,7	29,5	-3,2	+17,4	+10,4		34,6	32,7	-1,9	+ 6	+ 11	
UdSSR	17,7	14,8	-2,9	+20,0	+13,3		19,5	16,5	-3,0	+10	+ 11	
Obrige sozialistische Länder	1,5	1,8	+0,3	+17,6	+15,9		1,6	1,7	-0,1	+ 9,5	- 4	
Kapitalistische ⁵⁾												
Industrieländer ⁵⁾	13,2	8,6	-4,6	-10,3	- 9,4		14,5	9,1	-5,4	+10	+ 6	
Entwicklungsländer	2,5	2,0	-0,5	+19,6	+ 9,3		2,9	2,6	-0,2	+15	+ 32	

1) Zu jeweiligen Preisen. — 2) VM = statistische Recheneinheit zum Ausweis des Außenhandels der DDR. Umrechnungskurs: 1 VM = = 2143 Rubel. — 3) Vorläufig. — 4) RGW-Länder und Jugoslawien, VR China, Nord-Korea und Vietnam. — 5) Einschließlich innerdeutscher Handel. — Differenzen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Berechnungen des DIW; für 1977: nach dem Statistischen Jahrbuch der DDR 1978 und dem Statistischen Jahrbuch Polens 1978 sowie Partnerlandangaben; für 1978: Hochrechnung nach dem Planerfüllungsbericht in "Neues Deutschland" vom 19.1.1979 und Partnerlandangaben (Berichtszeit: neun Monate).

- Im Handel mit den westlichen Industrieländern zeichnet sich ein durchschnittlicher Zuwachs von 7 vH ab. Daran waren die Bezüge aus der Bundesrepublik und aus den übrigen OECD-Ländern in ungefähr gleichem Maße beteiligt.

Als Ergebnis läßt sich festhalten:

- Der Export der DDR ist 1978 etwas stärker als der Import gestiegen. Der Einfuhrüberschuß hat sich um 0,6 Milliarden Valutamark (VM) auf 7,5 Mrd. VM vermindert.
- Eine Verringerung des Defizits ergab sich im RGW-Handel, und zwar gegenüber den kleineren RGW-Ländern. Im Handel mit der Sowjetunion hat sich bei fast gleicher Expansion von Export und Import das Defizit gegenüber 1977 kaum verändert.
- Im Westhandel ist das Defizit um über eine halbe Milliarde VM höher gewesen als im Vorjahr; dies vor allem, weil die Lieferungen in die Bundesrepublik Deutschland stagnierten.
- Die rasche Zunahme der Exporte in die Entwicklungsländer folgte dem schon seit 1974 vorhandenen Trend. Der Anteil dieser Ländergruppe am Export dürfte jetzt über 5 vH betragen. Die Warenbilanz ist hier annähernd ausgeglichen.

Mit dem Jahr 1978 ist auch im RGW-Raum nach den dort entwickelten Preisbildungsprinzipien der größte Teil der auf dem Weltmarkt schon 1973/74 zu beobachtenden Preissteigerungen bei Roh- und Brennstoffen übernommen worden. 1979 wird der vorläufig letzte und nicht mehr so steile Preisanstieg folgen. Damit ist die DDR — wie die anderen RGW-Länder — mit den Preisanhebungen nur sukzessive konfrontiert worden und hatte die Möglichkeit, die im Inland notwendigen Anpassungen allmählich vorzunehmen.

Dazu gehören in erster Linie Maßnahmen zur Einsparung von Roh- und Brennstoffen, die differenzierte Preiserhöhung für die Betriebe und die Überprüfung der zahllosen Materialverbrauchsnormen. Beim Energieverbrauch sind Erfolge erkennbar. Während von 1973 bis 1977 das produzierte Nationaleinkommen jährlich um 5 vH gestiegen ist, nahm der Verbrauch an Primärenergie nur um 2 vH zu. Eine ähnliche Entwicklung hatte allerdings auch schon seit 1970 stattgefunden; trotz der weltweiten Energieprobleme sind also die Einsparungen nicht forciert worden. Bisher ist es nicht gelungen, den — auch aus vielen systembedingten Gründen — überhöhten spezifischen Energieverbrauch dem „Weltstand“ anzunähern. In den westlichen Industrieländern hat nämlich die Preiswelle Rationalisierungen beträchtlichen Umfangs ausgelöst. So ist in der Bundesrepublik in der Zeit von 1973 bis 1977 das reale Wachstum des Bruttosozialprodukts bei konstantem Energieverbrauch erzielt worden.

Wie die Entwicklung des Außenhandels zeigt, hat die Wirtschaftsführung der DDR zur Bewältigung der aus den Preissteigerungen resultierenden zusätzlichen Probleme einen sehr langen Zeitraum veranschlagt. Seit der Preisexplosion ist der Import dem Werte nach generell stärker gestiegen als der Export. Die Verteuerung der Importe wurde nur zum Teil durch reale Exportsteigerungen ausgeglichen, daneben stieg die Verschuldung gegenüber dem Westen wie dem Osten. Ein voller Ausgleich hätte, wäre er realisiert worden, erheblich kollidiert mit der gleichzeitigen Bewältigung des sozialpolitischen Programms.

Vermutlich geht die Planung dahin, daß nach Auslaufen der Preisanpassung und der Wirkungen der sozialpolitischen Maßnahmen die Basis für eine Verringerung des Schuldenstands günstiger sein werde. Dies setzt jedoch voraus, daß auch der relativ hohe Materialverbrauch vermindert und die Effizienz der Produktion erhöht werden; Aufgaben, die aus jeder Verlautbarung der Wirtschaftsführung deutlich werden.

Planung für 1979

Der Volkswirtschaftsplan für 1979 ist in den Grundlinien sehr vorsichtig gehalten; das Wachstum der Gesamtwirtschaft und die Steigerung der Industrieproduktion sollen unter den Vorgaben des Fünfjahrplans bleiben:

- Erhöhung des produzierten Nationaleinkommens um 4,3 vH, der industriellen Warenproduktion um 5,5 vH;
- überdurchschnittliche Steigerung der Investitionen (5,6 vH), unterdurchschnittliche Zunahme des privaten Verbrauchs (Einzelhandelsumsatz + 4 vH);
- starke Erhöhung des Außenhandelsumsatzes (10 vH).

Die Gründe für die vorsichtigen Ansätze sind vermutlich die schwache Entwicklung im Jahr 1978 sowie die erneute Belastung, die 1979 infolge des sozialpolitischen Programms zu erwarten ist.

Als letzte Auswirkung des sozialpolitischen Programms gilt von Anfang 1979 an eine neue Urlaubsregelung: 6,60 Mill. Erwerbstätige werden drei Urlaubstage mehr erhalten, 0,94 Mill. Erwerbstätige sogar vier bis sechs Tage mehr. Nach offiziellen Angaben entsprechen die zusätzlichen Urlaubstage dem Arbeitsvolumen von rund 106 000 Erwerbstätigen oder einer Verminderung des Arbeitszeitfonds von 1,45 vH.

Betrachtet man die für 1979 geplante Entwicklung unter dem Gesichtspunkt der Auswirkungen des sozialpolitischen Programms, so erscheinen auch die vorsichtigen Ansätze noch recht hoch. Die Indu-

strie wird zwar mit einer um knapp 1 vH höheren Arbeitskräftezahl rechnen können, die geleistete Arbeitszeit jedoch – Ergebnis aus Arbeitstagen und tariflicher Arbeitszeit – wird um fast 2 vH zurückgehen. Auch wenn man in Rechnung stellt, daß die Arbeitszeit in der DDR grundsätzlich nur schlecht ausgenutzt ist und zudem sicherlich zahlreiche Sonderschichten und Wettbewerbsverpflichtungen anläßlich des 30. Jahrestages der Staatsgründung durchgeführt werden, ist eine Beschleunigung des Wachstums der Warenproduktion von realisierten 5,0 vH 1978 auf eine geplante Rate von 5,5 vH im Jahr 1979 nicht sehr wahrscheinlich. Für die Bereiche außerhalb der Industrie, insbesondere Bauwirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft, ist ohnehin nur eine geringe Leistungs- und Produktivitätssteigerung vorgesehen.

Aus der Planung für Verbrauch und Investitionen läßt sich errechnen, daß die gesamte inländische Güterverwertung real im gleichen Tempo wie das produzierte Nationaleinkommen steigen soll. Die relativ starke Zunahme beim nominalen Außenhandelsumsatz (+ 9,8 vH) ist mit dieser Konstellation nur dann vereinbar, wenn der nominale Import rascher expandiert als der Export. Dies anzunehmen ist auch realistisch, weil 1979 die vorläufig letzte Etappe der Preisanpassungen im RGW stattfindet, die Importsteigerung nominal also wieder beträchtlich sein wird, und weil außerdem – im 30. Jahr des Bestehens der DDR – die Planungsinstanzen eine entsprechende Expansion der Exporte mit ihren restriktiven Folgen für die Inlandsentwicklung gar nicht erst erwogen haben dürften.

Abgeschwächte Expansion des Staatshaushalts der DDR

Die Abrechnung des Staatshaushaltsplanes wird in der DDR seit einiger Zeit erst im vierten Quartal des jeweils folgenden Jahres veröffentlicht. Somit stehen Istwerte lediglich bis 1977 zur Verfügung, für 1978 und 1979 muß auf die spärlichen Informationen aus den Planansätzen zurückgegriffen werden.

Einnahmen

Im Planjahrfünft 1971/75 erhöhten sich die Einnahmen des Staatshaushaltes um durchschnittlich 10 vH jährlich. 1976 war dagegen nur noch eine Zunahme von 2,5 vH zu verzeichnen. Dies lag im wesentlichen an einer Senkung der Gewinnabführung der volkseigenen Wirtschaft. Nach den Preissteigerungen für Rohstoffe auf dem Weltmarkt wurden 1976 in der DDR die Betriebspreise heraufgesetzt, die Mehrkosten jedoch nicht auf die Verbraucher überwält, sondern durch Abgabereduzierung der Betriebe aufgefangen¹. Auch spätere Preiserhöhungen wurden wenigstens teilweise über den Staatshaushalt ausgeglichen, was sich einnahmehindernd auswirkte. 1977 haben sich die Einnahmen um 6 vH auf 125 Mrd. M erhöht, für 1978 und 1979 ist jeweils ein Plus von 5 vH geplant.

Die Einnahmen des Staatshaushaltes lassen sich in drei große Gruppen gliedern:

- Abführungen der volkseigenen Wirtschaft,
- Steuern,
- Gebühren und Beiträge.

Einnahmen des Staatshaushaltes
in vH

	1971-1975 ²⁾	1975	1976	1977	1978	1979
	I s t				P l a n	
Abführungen der volkseigenen Wirtschaft	57,0	61,5	60,6	63,9 ³⁾	63,4 ³⁾	64,3 ³⁾
Steuern	13,8	10,5	10,3	10,4	.	.
Gebühren und Beiträge	17,3	16,1	15,6	15,6	.	.
"Sonstige" Einnahmen	11,8	11,9	13,4	11,2 ³⁾	.	.
Einnahmen insgesamt ¹⁾	100	100	100	100	100	100

1) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. – 2) Durchschnitt der Jahre 1971 bis 1975. – 3) Mit den Vorjahren nicht voll vergleichbar.

Die mit Abstand größte Einnahmequelle bilden die Abführungen der volkseigenen Wirtschaft (VEW); ihr Anteil liegt bei 60 vH des Gesamtvolumens. Als charakteristisches Merkmal sozialistischer Fiskalpolitik gilt, daß sich das Gewicht der Abführungen kontinuierlich erhöht. Indem der Staat in zunehmendem Maße seine finanziellen Mittel „aus seiner eigenen sozialökonomischen Grundlage, dem sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln“² erhalte, wäre „im Sozialismus der größte Teil der Aufwendungen nicht mehr von den Werktätigen zu tragen“². Die Einnahmen des Staates verlören so den „Tribut-

¹ Vgl. Staatshaushalt der DDR im Zeichen außenwirtschaftlicher Belastung. Bearb.: Maria Elisabeth Ruban und Heinz Vortmann. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 5/1978, S. 53 ff.

² Johannes Gurtz, Gotthold Kaltfofen: Der Staatshaushalt der DDR. Berlin (Ost) 1977, S. 56.

charakter". Diese Argumentation geht allerdings an der Tatsache vorbei, daß der Staat in jedem Fall seine Mittel nur aus dem vorher von den Beschäftigten erarbeiteten Sozialprodukt schöpfen kann, wann auch immer er in den Prozeß der Verteilung und Umverteilung eingreift.

Wegen der Herabsetzung der Nettogewinnabführung sank 1976 der Anteil der Abführungen der VEW an den Gesamteinnahmen um einen Prozentpunkt. In den Haushaltsplänen für 1977 bis 1979 ist wieder eine Steigerung des Anteils bis auf knapp 65 vH vorgesehen. Gliedert man die Abführungen der VEW allerdings auf, so ergeben sich einige Ungereimtheiten.

Zu den Abführungen der VEW zählen im wesentlichen die

- Produktionsfonds- und Handelsfondsabgabe,
- produktgebundene Abgabe,
- Nettogewinnabführung³.

1977 erhöhte sich die Produktionsfonds- und Handelsfondsabgabe dem Trend entsprechend, während — als Folge der Preisausgleichsmaßnahmen — die Nettogewinnabführung stagnierte und die produktgebundene Abgabe im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren nur noch geringfügig zunahm. Bis 1976 verblieben jeweils „Übrige Abgaben der VEW“ in Höhe von 0,5 Mrd. M, d. h. weniger als 1 vH des Gesamtpostens. Im Plan 1977 sind für die übrigen Abgaben plötzlich 5,6 Mrd. M angesetzt worden, und auch in den Jahren 1978/79 sind dafür offensichtlich Beträge ähnlicher Größenordnungen vorgesehen. Eine Erklärung fehlt; denkbar ist, daß

- die volkseigene Wirtschaft mit neuen Abgaben oder höheren Abgabesätzen belastet worden ist;
- Umbuchungen von Positionen vorgenommen worden sind, die bisher nicht in den Abführungen der VEW enthalten waren.

Zu den „Übrigen Abgaben der VEW“ zählen die Exportgewinnabgaben der Außenhandelsbetriebe, Zölle, Amortisationsabführungen, Zinsabführungen aus bestimmten Krediten, Bodennutzungsgebühren. Ein Hinweis, daß neue Abgaben eingeführt wurden, findet sich nirgends. Allerdings sind die Einnahmen im Staatshaushalt, über deren Herkunft keine Angaben gemacht werden („Sonstige Einnahmen“), 1977 zurückgegangen. Möglicherweise wurden also lediglich Umbuchungen vorgenommen, damit sich der Anteil der Abführungen der VEW wieder vergrößert. Ohne die „Übrigen Abgaben“ hätte sich ihr Gewicht an den Gesamteinnahmen 1977 nämlich um weitere zwei Prozentpunkte verringert.

Neben den Abführungen der VEW nehmen sich die Steuern sowie die Gebühren und Beiträge mit

Anteilen von 10 bzw. 15 vH recht bescheiden aus. Steuern sind nach östlicher Terminologie sehr eng abgegrenzt. Die Abführungen der VEW werden als Entnahmen aus dem eigenen Einkommen des Staates betrachtet, während Steuern aus dem genossenschaftlichen und privaten Einkommen entrichtet werden, insbesondere von Produktionsgenossenschaften (Landwirtschaft, Handwerk), Kommissionshändlern, privaten Handwerkern und Gewerbetreibenden sowie von Erwerbstätigen (Ausnahme: LPG-Mitglieder. Knapp die Hälfte der ausgewiesenen Steuereinnahmen entfällt auf die Lohnsteuer.

Die dritte größere Quelle der Staatsfinanzen, die Gebühren und Beiträge, sind im Unterschied zu den Abgaben und Steuern an Gegenleistungen gebunden. Sie setzen sich im wesentlichen aus den Sozialversicherungsbeiträgen (Arbeitnehmer- und Betriebsanteil), den Einnahmen aus dem kulturell-sozialen Bereich (Eintrittsgelder, Essengelder, Benutzungsgebühren), speziellen Einnahmen des Staatsapparates (Beurkundungen, Visaerteilung) sowie den Mieten und Pachten für im staatlichen Besitz befindliche Grundstücke und Gebäude zusammen. Die beiden zuletzt genannten Positionen werden in der Haushaltsrechnung nicht (mehr) erwähnt; es kann sein, daß sie jetzt unter den „Sonstigen Einnahmen“ geführt wurden. Den weitaus größten Anteil an den Gebühren und Beiträgen haben die Sozialversicherungsbeiträge. Ihr rascher Anstieg 1978 ist auf eine Erhöhung des Beitragssatzes der Betriebe zurückzuführen, nachdem von der Sozialversicherung der Lohnausgleich im Krankheitsfall übernommen worden war. Bis Ende 1977 mußten die Betriebe für insgesamt sechs Wochen im Kalenderjahr die Differenz zwischen Krankengeld und 90 vH des Nettoverdienstes selbst zahlen.

Über die „Sonstigen Einnahmen“, die gut 10 vH des Gesamtvolumens ausmachten, gibt es, sieht man von den Abführungen der Banken ab, keine aufgeschlüsselten Angaben. Seitdem offensichtlich die „Übrigen Abführungen der VEW“ in dieser Gruppe (ganz oder teilweise) nicht mehr enthalten sind, dürften u. a. die in der Haushaltsrechnung nicht gesondert ausgewiesenen Steuern (z. B. Vermögenssteuer, Kraftfahrzeugsteuer), die Einnahmen aus dem Staatsapparat sowie Mieten und Pachten unter „Sonstigen Einnahmen“ zusammengefaßt sein.

³ Vgl. Zum Aufbau des Staatshaushalts und zum Wesen der Einnahmen und Ausgabearten: Der Staatshaushalt der DDR 1973 bis 1976. Bearb.: Heinz Vortmann und Maria Elisabeth Ruban. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 45/1976, S. 411 ff.

Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts der DDR
in Milliarden Mark

	1971-1975 ²⁾	1975	1976	1977	1978	1979
	I s t				P l a n	
EINNAHMEN, insgesamt	96,3	114,7	117,6	124,5	130,7	137,4
Einnahmen aus volkseigenen Betrieben, Kombinat und VVB	54,9	70,5	(71,3)	(78,3)	82,9	88,4
dar.: Produktionsfonds- und Handelsfondsabgabe	11,4	13,3	14,3	15,5	.	.
Nettogewinnabführung	17,3	26,7	22,7	22,5	.	.
Produktgebundene Abgaben	25,3	30,3	33,8	34,7	.	.
Ubrige Abgaben	0,3	0,3	6) (0,5)	6) (5,6)	.	.
Abführungen der Banken	2,4	3,4	3,7	4,3	.	.
Abgaben der Landwirtschaft	1,2	1,3	1,1	1,4	1,4	1,4
Einnahmen von Produktionsgenossenschaften des Handwerks und anderen Produktionsgenossenschaften	3,1	2,6	2,6	2,7	.	.
Einnahmen von privaten Handwerkern und Gewerbetreibenden	3) 3,9	2,4	2,4	2,4	.	.
Lohnsteuer der Arbeitnehmer und Steuern der freiberuflich Tätigen	4,6	5,3	5,5	5,9	.	.
Einnahmen aus staatlichen Einrichtungen (Bildung, Gesundheits- und Sozialwesen, Kultur) und Staatsapparat	5,8	6,7	7) 6,2	7) 6,7	8) 14,2	8) 14,8
Einnahmen der Sozialversicherung	10,9	11,8	12,2	12,7	.	.
Gemeindesteuern	0,5	0,5	0,5	0,5	.	.
Sonstige Einnahmen ¹⁾	9,0	10,2	12,8	9,6	.	.
AUSGABEN, insgesamt	95,2	114,2	117,1	124,1	130,6	137,3
Forschung	2,1	1,8	2,0	2,1	.	.
Investitionen in der volkseigenen Wirtschaft	4) 3,4	.	) 6,7	) 7,1	.	.
Investitionen im staatlichen Bereich	3,1	3,4	)	)	.	.
Verkehrswesen	3,2	3,5	3,0	3,1	.	.
Subventionen für die volkseigene Wirtschaft	4,4	5,0	5,9	7,0	.	.
davon: Produktgebundene Preisstützungen	.	5,0	3,8	4,2	.	.
Preisausgleichsfonds	.	.	2,1	2,8	.	.
Zuwendungen für die Landwirtschaft	2,7	3,0	4,8	6,0	.	.
davon: für Meliorationen, Investitionen, usw.	.	2,0	2,4	2,1	.	.
für produktgebundene Preisstützungen	.	1,0	2,4	3,9	.	.
Subventionen der Verbraucherpreise und Tarife	10,0	11,2	13,1	13,5	14,2	~16
dar.: Nahrungsmittel	6,4	7,2	7,4	7,4	.	.
Industrielle Konsumgüter	1,0	1,2	2,4	2,7	.	.
Öffentlicher Personenverkehr	1,9	2,2	2,5	2,6	.	.
Trink- und Abwasserbehandlung	0,5	0,5	0,6	0,6	.	.
Reparaturen und Dienstleistungen	0,2	0,1	0,2	0,2	.	.
Wohnungswirtschaft und Subventionierung der Mieten	3,5	4,3	4,6	5,5	5,8	6,5
Bildungswesen	7,2	8,1	8,8	9,2	9,1	9,3
Gesundheits- und Sozialwesen	6,9	7,8	8,2	8,6	.	.
Sozialversicherung	19,1	21,4	22,2	24,7	8) 25,3	8) 26,1
Kultur und Sport (einschl. Rundfunk, Fernsehen, Erholung)	1,7	2,4	2,6	2,7	.	.
Staatsapparat und Wirtschaftsverwaltung	3,2	3,5	3,6	3,6	.	.
Verteidigung	8,3	9,6	10,2	11,0	11,6	12,1
Sonstige Ausgaben ¹⁾	5) 17,2	5) 29,2	21,4	20,0	.	.

1) Als Differenz ermittelt. - 2) Fünfjahresdurchschnitt. - 3) 1971 und 1972: Einnahmen von Betrieben mit staatlicher Beteiligung und Betrieben der privaten Wirtschaft; Rückgang der Einnahmen nach Überführung der industriell produzierenden Betriebe in Volkseigentum 1972. - 4) Durchschnitt der Jahre 1971 bis 1974. - 5) 1975 einschließlich Investitionen in der volkseigenen Wirtschaft. - 6) Planansatz. - 7) Ohne Einnahmen aus dem Staatsapparat. - 8) Ohne Einnahmen und Ausgaben von Sonderversorgungseinrichtungen.

Quellen: Haushaltsrechnungen für die Jahre 1971 bis 1977 (Anlagen zur Volkskammerdrucksache der DDR - 5. bis 7. Wahlperiode); Staatshaushaltspläne für die Jahre 1978 und 1979 einschließlich der Begründungen des Ministers für Finanzen Siegfried Böhm (vgl. Neues Deutschland vom 26./27.11.1977, S. 7f und 16./17.12.1978, S. 5).

Ausgaben

Die Ausgabenseite des Staatshaushaltes wird nur grob gegliedert veröffentlicht und ist lückenhaft; gut ein Sechstel der Ausgaben wird nicht spezifiziert.

Die veröffentlichten Positionen, die nur im Bereich der Verbraucherpreissubventionen untergliedert sind, lassen sich in drei große Gruppen aufteilen, nämlich in Ausgaben für (1977)

	Mrd. M	in vH
Wirtschaftsfördernde Maßnahmen	25,2	20
Soziale und kulturelle Maßnahmen	64,3	52
Verwaltung und Verteidigung	14,6	12
„Sonstige Ausgaben“	20,0	16
	124,1	100

Die wirtschaftsfördernden Maßnahmen stehen für ein Bündel verschiedenartiger Haushaltsausgaben. Sie enthalten Investitionen, wissenschaftlich-technische Forschung und alle Maßnahmen, die die Produktionsbedingungen bestimmter Wirtschaftszweige durch Zuschüsse („Preisstützungen“) verbessern.

Der größte Einzelposten entfällt auf die Investitionen, die freilich mit einem Umfang von 7,1 Mrd. M nur einen Bruchteil der Gesamtinvestitionen der Volkswirtschaft ausmachen. Insgesamt wurden in der DDR 1977 47 Mrd. Mark investiert. 2,6 Mrd. Mark mehr als 1976. Die nicht aus dem Haushalt stammenden Mittel werden durch Bankkredite und aus Eigenmitteln der Betriebe aufgebracht.

Ein Vergleich der Haushaltsausgaben 1977 mit denen in den Vorjahren, vor allem mit dem Jahresdurchschnitt 1971–1975, zeigt bei den Investitionen, ebenso wie bei den Positionen Forschung und Verkehrswesen, eine nahezu konstante Größenordnung. Dagegen hat sich die Subventionierung der volkseigenen Wirtschaft massiv verstärkt. Das gilt in besonderem Maße für die Landwirtschaft, die — neben Investitionszuschüssen — noch fast 4 Mrd. Mark aus dem Staatshaushalt für produktgebundene Preisstützungen erhielt — gegenüber 1 Mrd. Mark 1975. Mit diesen Zuwendungen ersetzt der Staat den landwirtschaftlichen Betrieben die Erhöhung der Kosten aus der Verteuerung der Importe von Energieträgern und Rohstoffen. Ausgleichszahlungen aus Haushaltsmitteln erhielten die landwirtschaftlichen Betriebe ebenfalls für Einnahmeausfälle 1977, die „aus den ungünstigen Witterungsbedingungen resultierten“.

Gut die Hälfte aller Ausgaben (64 Mrd. Mark) entfielen 1977 wie in den Vorjahren auf den Bereich Kultur und Soziales. Hauptausgabeposten

waren die Leistungen der Sozialversicherung mit 24,7 Mrd. M, sie nahmen doppelt so schnell zu wie in den vorangegangenen Jahren — in erster Linie eine Folge der Erhöhung der Renten, aber auch der familienfördernden Maßnahmen, die zu rasch wachsenden Geburtenzahlen und entsprechenden Lohnfortzahlungen führten.

Bei den Haushaltsplan- und Istzahlen handelt es sich um Bruttowerte. Von der Ausgaben Summe von 24,7 Mrd. werden 12,8 Mrd. M durch Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen aufgebracht; der Zuschuß des Staates betrug 11,9 Mrd. M.

Auch die Ausgaben für Bildung, Kultur und Wohnungswirtschaft sind Bruttogrößen, wenngleich bei diesen Positionen der Einnahmenanteil (z. B. Elternbeiträge für Betreuung in Kindergärten, Eintrittskarten für Theater, Museen und dergleichen) wesentlich geringer ist. Nach Abzug der Einnahmen ergeben sich die Zuschüsse des Staates für soziale und kulturelle Belange.

Um solche Nettowerte handelt es sich bei den „Leistungen und Zuwendungen des Staates aus gesellschaftlichen Fonds“, die 1977 einen Betrag von 44,7 Mrd. Mark erreichten — bei steigender Tendenz. Im Haushaltsplan 1979 sind sie mit einem Volumen von fast 49 Mrd. M eingesetzt. Die gesellschaftlichen Fonds — kein Begriff der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — stellen Leistungen dar, die der Bevölkerung neben dem Arbeitsentgelt in verschiedener Form zugute kommen: entweder als Zuschüsse zu abgeleiteten Einkommen (Renten, Stipendien, Beihilfen) oder als unentgeltliche bzw. verbilligte Leistungen (im Wohnungswesen, im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen sowie als Preisstützung).

Entwicklung der gesellschaftlichen Fonds

	in Mrd. M	in vH gegenüber dem Vorjahr
1971	26,3	.
1972	29,6	+ 12,6
1973	33,0	+ 11,5
1974	35,2	+ 6,7
1975	37,1	+ 5,4
1976	41,1	+ 10,8
1977	44,7	+ 8,8
Plan 1978	46,2	+ 3,4
Plan 1979	48,9	+ 5,8

Die gesellschaftlichen Fonds enthalten auch die im Staatshaushalt mit 13,5 Mrd. M ausgewiesenen Subventionen der Verbraucherpreise und Tarife. Sie dürften 1978 plangemäß über 14 Mrd. M betragen haben und 1979 etwa 16 Mrd. M erreichen. Diese Beträge entlasten die privaten Haushalte um durch-

schnittlich 800 Mark pro Person und Jahr (1977). Sie haben in erster Linie einen schichtspezifischen Effekt: Vor allem einkommensschwache Personen und Haushalte mit entsprechend niedrigem Verbrauch profitieren von den Subventionen, durch die in erster Linie Grundnahrungsmittel und einfache Verbrauchsgüter verbilligt werden. Dagegen sind Genußmittel und die meisten industriellen Konsumgüter in erheblichem Umfang mit produktgebundenen Abgaben belastet, die schon bei Haushalten mit mittlerem Einkommen kräftig zu Buche schlagen⁴.

Von den Ausgaben für Verwaltung und Verteidigung entfallen 11 Mrd. M auf Verteidigungsausgaben⁵. Diese sind 1977 erstmalig nach ihrer Verwendung für die äußere und innere Sicherheit unterteilt. Danach entfallen 7,9 Mrd. M auf den

Unterhalt der Armee („Ausgaben für die nationale Verteidigung“) und 3,1 Mrd. M sind als „Ausgaben für öffentliche Sicherheit, Rechtspflege und Sicherung der Staatsgrenze“ deklariert. Der Anteil der Ausgaben für innere Sicherheit (einschließlich Staatsgrenze) beläuft sich auf 28,6 vH der gesamten Verteidigungsausgaben. Diese Relation ist in den Haushaltsplänen 1978 und 1979 unverändert geblieben.

⁴ Vgl. Heinz Vortmann: Einkommensumverteilung als Instrument der Sozialpolitik in der DDR. In: Vierteljahrshefte des DIW. Nr. 3/1975, S. 176–186.

⁵ Das „International Institute for Strategic Studies“ in London übernimmt diese DDR-amtlichen Zahlen (im Gegensatz zu den entsprechenden der UdSSR) ohne Korrektur, hält sie also offensichtlich für zuverlässig. Vgl. The Military Balance 1977/1978. London 1977, S. 14.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

DDR-Wirtschaft auf flacherem Wachstumspfad bearbeitet von Doris Cornelsen. —

Abgeschwächte Expansion des Staatshaushalts der DDR bearbeitet von Maria Elisabeth Ruban und Heinz Vortmann.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.